

Protest für Flüchtlingsrechte vor der EU-Delegation in Tunis, Tunesien

Anerkannte Flüchtlinge der Libyenkrise finden sich in Tunesien in einer Zwickmühle wieder. Trotz des Flüchtlingsstatus, bekommen sie keine Rechte und keinen Schutz. In einem Monat wird das Choucha Flüchtlingslager geschlossen. Ohne Aufenthaltstitel, ohne Schutz, ohne Essen sollen sie sich in die tunesische Gesellschaft "integrieren"; eine Gesellschaft, die aufgrund rascher sozialer Umwälzungen und hoher Arbeitslosigkeit, unter Druck steht. Sie befinden sich seit drei Wochen im Hungerstreik vor dem UNHCR-Büro in Tunis, um Resettlement in ein sicheres Land zu fordern.

Protest vor der EU-Delegation in Tunis

Am 22. April 2013 protestierte eine 20-köpfige Delegation von 262 Flüchtlingen, denen Resettlement vorenthalten wird, vor der EU-Delegation in Tunis. Auf Transparenten stand: "Wir fordern die internationale Gesellschaft auf, sich auf unsere Forderungen zu konzentrieren". Während des Protests suchte die tunesische Polizei das Sit-In vor dem UNHCR auf und entfernte die dort für wenige Stunden unbeaufsichtigt gelassenen Zelte.

Anerkannt, aber ohne Schutz

Sie haben den Flüchtlingsstatus des UNHCR. Doch hat der UNHCR das Resettlement-Programm "beendet" - sie sind zu spät gekommen. Sie sollen "lokal integriert" werden. Aber Tunesien stellt ihnen keine Aufenthaltserlaubnis aus, sie können nicht legal arbeiten und fürchten Verhaftung. Das Flüchtlingslager Choucha wird in gut einem Monat geschlossen; sie können nirgendwo hin.

EU hat einen Krieg geführt, um Bürger zu schützen, aber jetzt werden sie ignoriert

Die EU-Staaten spielten eine wichtige Rolle im Libyenkrieg, deswegen tragen sie Verantwortung für die Flüchtlinge, die vor diesem Krieg geflohen sind. Von den Tausenden, die 2011 Libyen gen Tunesien verließen, sind nur ein paar Hunderte in Choucha zurückgeblieben.

Zwang zur "Integration" bei gleichzeitiger Diskriminierung

Diese anerkannten Flüchtlinge sollen in Tunesien "lokal integriert" werden. Sie halten dies für unmöglich:

- 1) Täglich erfahren sie krassen Rassismus und religiöse Diskriminierung.
- 2) Aufgrund der "instabilen Situation", welche auch zwei Jahre nach der Revolution anhält, halten

sie Tunesien nicht für ein sicheres Land. In Ben Gerdane beispielsweise unterbrach die Polizei ihre Arbeit aufgrund von politischen Unruhen, wodurch Flüchtlinge ungeschützt zurückgelassen wurden.

3) Traumatisierte Flüchtlinge werden ohne Aufenthaltserlaubnis zurückgelassen.

Tunesien verfügt über keine Asylgesetzgebung, um Flüchtlingsschutz zu praktizieren. Die tunesische Verfassung wird im Moment geschrieben. Noch wurde nichts konkretes entschieden; Weder die Asylgesetzgebung, noch der legale Status, in dem sich die Flüchtlinge nach der "lokalen Integration" befinden werden.

Eritreer mussten "lokale Integration" abbrechen

Im Zuge des Programms zur lokalen Integration, wurde eine Gruppe von Eritreern in die südtunesische Stadt Medenine gebracht. Diese Gruppe von 34 Flüchtlingen konnte sich nicht integrieren. Sie waren unzähligen Diskriminierungen ausgesetzt. Schließlich, verließen sie am 17. April Medenine und zogen in das Choucha Camp, Damit unterstreichen sie ihre Forderung, dass UNHCR sich für sie verantwortlich zeigen muss.

Die Gesundheit der Hungerstreikenden steht auf dem Spiel

Der gestrige Protest vor der EU-Delegation in Tunis, ist ein weiterer Schritt der Protestkampagne der Flüchtlinge mit der Forderung nach Resettlement. Seit dem 26. März 2013 haben etwa 40 Flüchtlinge einen Sit-In vor dem Büro des UNHCR begonnen. Am 29. März starteten sie einen Hungerstreik, welcher bereits zu mehreren Krankenhauseinweisungen geführt hat. Die Hungerstreikenden sind sehr geschwächt und ihr Leben ist zunehmend in Gefahr.

Proteste und Solidarität

Am 11. April protestierten sie an der "Kasbah", dem Sitz des tunesischen Ministerpräsidenten. Dort übergaben sie der tunesischen Regierung einen Brief mit der Aufforderung das Programm der lokalen Integration abzulehnen. Dieser Protest wurde von einer Welle von Solidaritätsaktionen vor den UNHCR-Sitzen in Rabat, Paris, Den Haag und Berlin begleitet.

Am 19. April 2013 führten sie zudem einen Sit-In vor dem tunesischen Parlament durch, weiterhin mit der Forderung nach Resettlement in ein Land mit funktionierendem Asylsystem.

Kontakt: 00216 27415558 (Arabisch, Englisch), 0049 173 4108642 (Deutsch, Englisch, Französisch)

Email: choucha@riseup.net

Weitere Informationen: facebook.com/refugees.shousha und chouchaprotest.noblogs.org